

HORST DIETER SCHLOSSER

## Fremdheit in einer scheinbar vertrauten Sprache. Sprachliche Folgen der Teilung Deutschlands

Mit Horst Stenger bin ich darin einig, daß es für die Deutschen aus Ost und West eine gemeinsame Sprache gibt. Diese Überzeugung galt nicht immer, erst recht nicht vor 1989. Tatsächlich hat es viele Jahrzehnte hindurch auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze durchaus zahlreiche Stimmen, sogar linguistische Argumentationen gegeben, die eine Spaltung auch der Sprache behaupteten. Diese Position ist nicht erst mit der „Wende“ in der DDR unhaltbar geworden, sie wurde von Linguisten aus Ost wie West schon in den frühen achtziger Jahren zurückgewiesen. Der fachliche *common sense* besagte freilich: Die Sprachgemeinschaft war nicht gespalten, aber es hatten sich zwei verschiedene Kommunikationsgemeinschaften herausgebildet.<sup>1</sup>

Die widerlegte extreme Meinung wie auch die modifizierte, moderatere These von den beiden Kommunikationsgemeinschaften, die nach der Herstellung weitgehend gleicher Lebensbedingungen in Ost und West noch einmal relativiert werden muß, sind – wie ich meine – nach wie vor als Rahmenbedingungen für die Frage nach der Fremdheit in einer gemeinsamen, scheinbar vertrauten Sprache zu bedenken. Denn es ist einfach nicht auszuschließen, daß die bis 1989 zumindest in westdeutschen Medien immer wieder traktierte Meinung von der gespaltenen Sprache nicht doch bis heute unterschwellige Folgen für das Urteil zumindest vieler Altbundesbürger zeitigt. Mißverständnisse im Kontakt mit Neubundesbürgern könnten also auch dadurch hervorgerufen oder – so schon vorhanden – verschärft werden, daß ein Westpartner von vornherein Nichtverstehen unterstellt, ein Ostpartner wiederum eine solche Unterstellung einkalkuliert, auch wenn sich der „Westler“ von einer solchen Unterstellung völlig frei weiß.

Ob diese Vermutung tatsächlich zutrifft, könnte wohl nur eine tiefenpsychologische Analyse erweisen. Immerhin gibt es aber genügend Belege dafür, wie lange selbst widerlegte Vorurteile noch nachwirken können. Als Beispiele allein aus meinem Fach könnte ich

<sup>1</sup> Vgl. Manfred W. Hellmann, Die doppelte Wende. Zur Verbindung von Sprache, Sprachwissenschaft und zeitgebundener politischer Bewertung am Beispiel deutsch-deutscher Sprachdifferenzierung, in: Josef Klein (Hrsg.), *Politische Semantik*, Opladen 1989, S. 297-326. – Zum Thema „Unvertrautheiten“ in einer gemeinsamen Sprache seien aus der noch wachsenden Zahl von Untersuchungen exemplarisch zitiert: Hans-Werner Eroms, Die deutsche Sprache hüben und drüben drei Jahre nach der Wiedervereinigung, in: Hans Jürgen Heringer u.a. (Hrsg.), *Tendenzen der deutschen Gegenwartssprache*, Tübingen 1994, S. 23-40; Renate Baudusch, Fremdheit und Vertrautheit. Sprachliche Verhaltensweisen in Deutschland vor und nach der Wende, in: *Muttersprache* 4/1995, S. 302-314.

mehrere Fälle anführen, in denen sich „volkslinguistische“ Meinungen sogar über Jahrhunderte halten können, etwa die, daß Mundarten nur defizitäre Ausprägungen einer Einheitssprache wären, worunter noch immer das Selbstbewußtsein zahlreicher Dialektsprecher leiden kann. – Um aber die Fakten nicht zu verunklären: Eine Sprachspaltung hat nicht stattgefunden. Die grammatischen Strukturen der deutschen Sprache sind zwischen 1945 und 1989/90 in Ost und West dieselben geblieben, und auch die sprachlichen Entwicklungstendenzen waren weit überwiegend identisch. Aber selbst die Wortschatzunterschiede waren quantitativ so bedeutsam nicht, wie manche Stellungnahme nahelegen wollte.

In jedem Fall aber ist die These von den verschiedenen Kommunikationsgemeinschaften ernstzunehmen, weil sie auf leicht nachweisbare Unterschiede in den Kommunikationsbedingungen zielt, die nicht ohne Folgen für das Denken, Fühlen und Sprechen bleiben konnten. Damit komme ich zu den im engeren wie im weiteren Sinne sprachwissenschaftlichen Aspekten des Themas „Fremdheit“.

## 1. Die Typologisierung von Fremdheit und die Sprache

Zu den Unterschieden der außersprachlichen Bedingungen für die Kommunikation in Ost und West kann ich mich wohl auf Stichworte beschränken: im Osten Zentralismus nicht nur in der Administration und Ökonomie, sondern auch in der Informationspolitik – im Westen Föderalismus, marktwirtschaftliche Konkurrenz und informationelle Vielfalt; im Osten offizielle Verpflichtung auf kollektive Überzeugungen – im Westen weltanschaulicher Pluralismus. Damit sind schon die sehr verschiedenen Horizonte für Sozialisationsverläufe angedeutet, die sich auch in sechs Jahren deutscher Einheit nicht in einem gemeinsamen Horizont verschmelzen ließen, zumal die notwendige Anpassung fast ausschließlich der östlichen Seite auferlegt wurde.

Ein wesentliches Merkmal ostdeutscher Lebensbedingungen, das sich sprachlich sogar messen läßt, war – bei aller Undurchschaubarkeit der politischen Kontrollmechanismen – die Übersichtlichkeit der öffentlichen Verhältnisse. Bereits die republikeinheitlichen Terminologien für Wirtschafts-, Verwaltungs-, Finanz- oder Bildungsstrukturen machten es den DDR-Deutschen leichter als Bundesdeutschen, sich in ihrem Staat zurechtzufinden, und sei es auch nur, die Grenzen für individuelles Handeln zu erkennen. Dazu ein erhellendes Zitat aus einem Interview, das Stenger mit einem ostdeutschen Soziologen geführt hat:

„... vom Prinzip war das Leben bis ins Grab vorgezeichnet.“ (Soziologe, S. 46)

Die bundesdeutsche „Unübersichtlichkeit“ erforderte und erfordert dagegen eine wesentlich höhere Geschicklichkeit, sich aus dem verwirrenden Angebot an „Konditionen“ allein im Banken- und Versicherungswesen die individuell vorteilhaftesten auszuwählen.

Stenger hat versucht, verschiedene Typen von Unvertrautheiten zwischen Ost und West herauszuarbeiten. Man könnte nun geneigt sein, die mangelnde Vertrautheit mit bundesdeutschen Terminologien dem Typus „einfacher Unvertrautheit“ zuzuordnen. Tatsächlich kann man fremde Termini zumindest soweit lernen, daß der Umgang mit ihnen „routinisiert“ wird, wie Stenger sagt. Mittlerweile haben sich wohl die meisten Ostdeutschen in dieser Hinsicht vieles längst soweit angeeignet, daß sie wie die Westdeutschen formal damit um-

gehen können, ohne – was eben auch für die meisten Westdeutschen gilt – den ganzen Sinn etwa einer Steuererklärung und schon gar deren steuerrechtliche Hintergründe zu begreifen.

Zu den „einfachen Unvertrautheiten“ zählt Stenger die (unterdessen in öffentlicher Kommunikation allerdings weitgehend obsolet gewordenen) Unterschiede bei einzelnen Wörtern und Redewendungen. Bleiben wir aber beim Beispiel des Steuerwesens, dann ist doch zu fragen, ob es nicht sogar hierbei bedeutsame Übergänge in die anderen Unvertrautheitstypen gibt, die schwerer wiegen als relativ leicht überwindbare lexikalische Differenzen. Dabei denke ich nicht nur daran, daß Begriffe „anders definiert“ werden, wie Stenger nicht nur in einem seiner Interviews zu hören bekam. Denn im Steuerrecht sind die Definitionen eindeutig. Zwischen Ost und West kann es keine Definitionsunterschiede (mehr) geben: „Lohnsteuer“ ist hier wie dort „Lohnsteuer“, „Sonderausgaben“ sind „Sonderausgaben“ usw. Aber welche Assoziationen man damit verbindet, ist nicht nur von einer individuellen Kompetenz im Steuerrecht abhängig.

Ich glaube vielmehr, daß selbst im Reden über Steuern Differenzen auftreten können, deren Wurzeln bis tief in die politische Sozialisation reichen. Wer sich wie in der DDR so gut wie keine Gedanken über steuerliche Vor- und Nachteile machen mußte, wer nur einen (individuell nicht oder kaum beeinflussbaren) monatlichen Abzug von seinen Einkünften hinnehmen mußte, der brauchte sich natürlich erst ab 1990 Gedanken über seinen Beitrag zur Finanzierung des Staates zu machen. Auf westdeutscher Seite hatte man längst zumindest passiv teil an der öffentlichen Diskussion über Steuerreformen, über das Verhältnis von Abgaben und Subventionen, über Zweckbindung oder Zweckentfremdung bestimmter Steuerarten usw. Und gerade in der Rolle des Steuerzahlers offenbarte und offenbart der „gelernte Bundesdeutsche“ immer wieder sein spezifisches Verhältnis zum Staat, der nicht – wie weiland in der DDR – als grundsätzlich unantastbare „Staatsmacht“, sondern auch als Dienstleistungsinstanz zugunsten individueller Wohlfahrt empfunden wird. Eine im Westen häufig zu hörende Äußerung wie „Wofür zahle ich denn schließlich meine Steuern!“ als Protest gegen ein tatsächliches oder vermeintliches Versagen des Staates oder einzelner staatlicher Stellen wäre in der DDR undenkbar gewesen, und zwar nicht nur wegen ihres „staatsgefährdenden“ Charakters.

Auch die aufmüpfige Attitüde kann „gelernt“ werden, obgleich – wie man leicht einsehen wird – hier mehr gelernt werden muß als nur die Betätigung eines flotten, aber meist folgenlosen Spruchs; denn natürlich scheut auch der Westler in der Regel davor zurück, dem Fehlverhalten eines Beamten oder einer Dienststelle, etwa mit Hilfe einer Dienstaufsichtsbeschwerde, auf den Grund zu gehen. Man weiß ja nie, ob man bei den Gescholtenen nicht doch auch einmal ein wohlwollendes Verhalten, und sei es auch nur in Form eines außerdienstlichen „Tips“, in Anspruch nehmen möchte.

Damit aber wären wir in Stengers Systematik schon beim schwerstwiegenden Typus von Unvertrautheit, der „reflexiven Unvertrautheit“. Wie Westdeutsche mit Ämtern und Behörden umgehen, muß einem ehemaligen DDR-Bürger noch lange fremd bleiben. Denn bei allen auch in der DDR möglichen Schleichwegen zur Beschaffung von hilfreichen Informationen, war das Selbstbewußtsein der „Staatsorgane“ gegenüber den Untertanen, die nur in einer Lehnübersetzung aus dem Sowjetrussischen („grašdanin“) und natürlich höchst euphemistisch als „Bürger“ angesprochen wurden, sehr viel autoritärer als das der stursten Behörde in der alten Bundesrepublik. Keine DDR-Dienststelle war verpflichtet und darum auch keine von sich aus bereit, einen Verwaltungsakt gegenüber dem Betroffenen zu begründen. Sogar vorbeugend konnte einem Antragsteller, etwa einem Rentner, der eine Westreise

genehmigt haben wollte, bei einem ablehnenden Bescheid gesagt werden: „Glauben Sie ja nicht, daß wir Ihnen die Gründe nennen!“ (mündlicher Beleg, 1986)

Entsprechend war eins der schmerzlichsten Defizite der DDR das Fehlen einer Verwaltungsgerichtsbarkeit, welche die individuellen Rechte der Bürger wirksam hätte schützen können. Diese Situation aber bedingte, daß auf der Ebene der administrativen Kommunikation in der DDR und Bundesrepublik nicht nur unterschiedliche Terminologien, sondern auch höchst verschiedene Textsortensysteme galten, deren Vereinheitlichung seit 1990 einseitig von westdeutschen Standards bestimmt wird.<sup>2</sup>

Die im Westen obligatorische „Rechtsmittelbelehrung“ entfiel und damit die Erfahrung, daß der Staat und seine Organe („die Macht“, wie der Alltagsjargon bezeichnenderweise formulierte) zumindest grundsätzlich bereit gewesen wäre, seine Entscheidungen in Frage stellen zu lassen. Ich will das DDR-Rechtsinstitut der „Eingabe“ nicht unterbewerten. Mir sind Fälle bekannt, in denen einzelne und Gruppen mit einer „Eingabe“ durchaus etwas bewirken konnten. Und ich bin auch weit davon entfernt, die DDR-Deutschen für die größeren Duckmäuser zu halten. Eine Eingabe erforderte nicht selten etwas, was so mancher Westdeutscher den Landsleuten im Osten gern ganz absprechen möchte: Zivilcourage. Aber schon die Benennung „Eingabe“ roch ja gleichsam nach Obrigkeitsstaat und absolutistischem Gnadenerweis, der in keinem Fall gewährt wurde, wenn er der Parteilinie hätte zuwiderlaufen können. Hierzu paßt, zudem noch deutlicher auf den Aspekt der Sprachlenkung bezogen und die grundsätzliche Andersartigkeit von Erfahrungen mit der offiziellen Kommunikation betonend, die Aussage eines der Interviewpartner von Stenger (V9), die ich hierzu noch einmal zitieren möchte:

„... vorher war das klar, da hat die Partei eine Sprachregelung rausgegeben. Aber das war dann eben wirklich auch klar. Da wußte man: Aha, das wollen die nicht ...“

Was ich damit zunächst einmal andeuten möchte, ist, daß es zwar schön und praktisch wäre, die Stengersche Unterscheidung von Graden der Unvertrautheit zur Folie auch sprachlicher Phänomene – von lexikalischen Differenzen aufsteigend zu komplexen Äußerungen – zu machen, daß aber die konkreten sprachlichen und kommunikativen Akte sich dieser Systematik wohl doch nur nach gründlicher Einzelanalyse fügen und daß wir damit rechnen müssen, daß auch die scheinbar „einfachen“ lexikalischen Differenzen bis in den Typus der „reflexiven“, also höchst komplexen und kaum auflösbaren Unvertrautheit reichen.

Allerdings hat Stenger seine Unterscheidungen wohl kaum in erster Linie als bequemes Analyseraster für Linguisten entworfen. Ihr liegt, wie der Zwischenbericht der Arbeitsgruppe zeigt, ein weit über sprachliche Einzelphänomene hinausreichendes Datenmaterial zugrunde, das wiederum allein mit linguistischen Kriterien kaum zu bändigen wäre. Ich sehe meinen Part darum auch zunächst einmal nur darin, die Sprache als Indikator für möglicherweise verschiedene Grade sozialer Vertrautheit bzw. Unvertrautheit zu sehen.

## 2. Das semantisch gewendete Grillhähnchen

---

Zu den, oberflächlich betrachtet, einfachen Beweisen, daß es in Deutschland wenn nicht zwei verschiedene Sprachen, so doch zwei verschiedene Kommunikationsgemeinschaften

<sup>2</sup> Vgl. Ulla Fix, „Gewendete Texte“ – „gewendete“ Textsorten, in: Heringer 1994 [Anm. 1], S. 131-146.

gegeben habe, zählte seit eh und je der ostdeutsche „Broiler“, ursprünglich ein mit Beginn der Massenzucht von Grillhähnchen 1962 in Bulgarien entwickelter Pseudo-Amerikanismus („brojleri“). Mit „Broiler“ (in der DDR zum „Goldbroiler“ veredelt) wie mit „Datsche“, „Dispatcher“ oder „Kombi“ hantierten all jene gern, die das Auseinanderdriften der deutschen Sprache im Gefolge der politischen Teilung ausschließlich auf lexikalischer Ebene beweisen zu können glaubten.

Im Zuge der freiwilligen Anpassung an westdeutsche Eß- und Sprachnormen 1990 ging dieses Wort in der Noch-DDR beinahe unter, weil nun fast jeder Grillhähnchenfreund lieber ein „Wienerwald-“ oder „Wiesenhof-Hähnchen“ bestellen wollte. Auch auf anderen Feldern des Konsums wie der Politik schien das „Westmarkenbewußtsein“ unmittelbar nach der „Wende“ sehr viel stärker ausgeprägt als in der Bundesrepublik. Die schnelle Gewöhnung an westdeutsche Markennamen traf also zweifellos die „einfachen Unvertrautheiten“. Die „Wienerwald-“ und „Wiesenhof-Hähnchen“ schmeckten nicht schlechter, aber auch nicht besser als die verdrängten „Goldbroiler“, der semantische Unterschied war scheinbar gleich null. Das hat sich, wie man leicht feststellen kann, inzwischen geändert. Im Gefolge eines wachsenden Widerstands gegen das tatsächliche oder vermeintliche „Überstülpen“ westdeutscher Normen, gegen die „Kolonisierung“ hat eine neue, nun bewußte Anhänglichkeit an DDR-traditionelle Marken Platz gegriffen. Zigarettenmarken wie „Club“, „f6“ und „Cabinet“, die Sektmarke „Rotkäppchen“ oder das Waschmittel „Spee“ sind wieder begehrt.

Und auch der „Broiler“ erstand wie Phönix aus der Asche. Anfangs noch zaghaft und ironisch, auf Hinweisschildern an Grillhähnchenbuden: „Sie können auch ›Broiler‹ bestellen!“ Es ist ja wohl nicht eine höhere Sachqualität der wieder „DDRsch“ benannten Konsumgüter, die den alten Namen eine neue Attraktion verliehen hat, sondern deren Identifikationsfunktion für eine Gesellschaft, die in aktuellen Umfragen zu einem hohen Prozentsatz darüber klagt, daß die Westdeutschen das Leben in der DDR bis 1989 für vertan und sinnlos erachten (ich übergehe die Frage, ob diese Meinung wirklich berechtigt ist oder ob sich darin nicht eine Umkehrung der 1989/90 von DDR-Deutschen selbst vielfach geäußerten Meinung spiegelt, man habe vierzig Jahre umsonst gelebt).

Daß ein einziges Wort einen ganzen Horizont unterschiedlicher Wertungen und Einstellungen aufreißen kann, zum Signalwort für unterschiedliche Identifikationsmuster werden kann, habe ich bereits 1991 in einem ironischen Beitrag der zum „Freitag“ mutierten Kulturbund-Zeitschrift „Sonntag“ feststellen können. Da berichtete die Journalistin Jutta Voigt über eins jener unsäglich überflüssigen „Seminare“ für Spesenritter, das dem Thema „Singles und Katzen“ an einem mondänen Konferenzort, in Nizza, gewidmet war. Dabei läßt sie sich auch über die Eßkultur jener Tagung aus, wobei es schließlich geradezu aus ihr herausbricht: „Bitte keine Bouillabaisse, dafür Broiler und Pommes.“ (Wochenzeitung „Freitag“, 5.7.1991, S. 24)

Deutlicher als in dieser antithetischen Formulierung kann man wohl kaum auf eine tatsächliche oder vermeintliche Unterschiedlichkeit im Lebensgefühl hinweisen. Aber es dürfte auch deutlich geworden sein, daß „Broiler“ hier wie in anderen Kontexten nicht als isoliertes Lexem die ganze Last der Abgrenzung trägt. „Broiler“ ist allerdings gleichsam Platzhalter in der kommunikativen Strategie, Eigenes von Fremdem zu trennen, also eine „reflexive Unvertrautheit“ mit dem mutmaßlich Westspezifischem zu markieren. Ähnliches hätte die Autorin im Zusammenhang mit diesem Seminarbericht auch mit dem Wort „Dispatcher“ anstellen können, wenn sie sich über das fremde Gehabe eines westlichen Tagungsorganisations hätte lustig machen wollen.

Aus Stengers Interviews mit Teilnehmern am „Wissenschaftler-Integrations-Programm“ (WIP) greife ich zur Verdeutlichung meiner These, daß Unvertrautheiten, die von ostdeutschen Gesprächspartnern selbst als „einfach“ und damit als leicht überwindbar eingestuft werden, dennoch größere Nominations- und Assoziationshorizonte berühren können, die Bemerkung eines Geographen heraus, mit der er auf einen vordergründig simplen lexikalischen Unterschied zwischen Ost und West hinweist:

„... Wenn man mit Datenbanken arbeitet und mit Karten, dann kann man in Programmen den Daten-  
gruppen bestimmte Namen geben, man labelt, man bezeichnet die mit irgendwas ...“ (Geowissen-  
schaftler, S. 38)

Der Interviewpartner hält diesen Unterschied selbst zwar für unerheblich, was er bei isolierter Betrachtung auch sicher ist; es scheint mir aber kein Zufall, daß dieses Beispiel – wenn auch mit Vorbehalt – erwähnt wird, als Stenger nach grundsätzlichen Unterschieden in der Decodierung gleicher Begriffe gefragt hatte. Denn das Beispiel gehört zur Welle einer nachgeholtten Anglisierung der deutschen Sprache im Ostteil Deutschlands, über die dort immer wieder beredete Klage geführt wird, weil damit sprachliche Vertrautheiten verloren gehen. Und die bestanden nicht zuletzt darin, daß in der DDR – entgegen allen westdeutschen Unkenrufen von der kommunistischen Verhuzung der deutschen Sprache – in vielen Bereichen viel länger als in der neuerungssüchtigen BRD alte deutsche Sprachmuster bewahrt wurden, die auf westdeutsche Ohren und Augen inzwischen geradezu archaisch wirkten.<sup>3</sup>

### 3. Genügt es, einzelne Begriffe „draufzuhaben“?

In zwei von vier mir zugänglich gemachten Interviews, die Stenger geführt hat, wird die Anpassung ostdeutscher Wissenschaftler an westdeutsche Diskussionsstile auffälligerweise mit demselben Wort charakterisiert:

„... ich suche mir die Kooperativen, [...], die einem dann ermöglichen, diese paar Nachholschritte, daß man auch die Vokabeln für diese Art Diskussion drauf hat.“ (Psychologin, S. 9)

„Einer meiner Kollegen, da können Sie von der Sprache her nicht sagen, wo er herkommt, der hat nun auch all diese Begriffe drauf.“ (Soziologe, S. 17)

Beiden Aussagen liegt die Meinung zugrunde, daß auch und gerade im wissenschaftlichen Austausch Ostdeutsche mit dem Aneignen bestimmter „Vokabeln“ und „Begriffe“ eine gewisse Gleichrangigkeit mit ihren Westkollegen erzielen könnten. Aber es wird – das macht der weitere Kontext der zitierten Äußerungen deutlich – nur eine sehr partielle Gleichrangigkeit erzielt. Im ersten Fall, dem einer Psychologin, sind es die „kooperativ“ eingestellten Kollegen aus dem Westen, die auch sonst „Toleranz“ beweisen und sich eben nicht daran stören, wenn es mit den „paar Nachholschritten“ noch nicht getan ist, weil darüber hinaus eben „manche Vokabeln und Begriffe nicht so geläufig sind“, wie ausdrücklich zugegeben wird (Psychologin, S.9). – Im zweiten Fall, dem des schon einmal zitierten Soziologen, wird die lexikalische Anpassung des Ostkollegen, der seine Herkunft sprachlich zu verschleiern

<sup>3</sup> Vgl. Verf., *Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie*, Köln 1990, S. 139f.

versteht, keineswegs als positiv bewertet. Beiden Interviewpartnern Stengers ist letztlich ein ausgeprägtes Selbstbewußtsein eigen, das sogar deutliche Kritik an bestimmten Eigenarten westdeutschen Sprechens und Argumentierens beinhaltet. Man könnte sogar soweit gehen zu behaupten, daß sich in der DDR bewährte Wissenschaftler in manchen Fällen durch ein sprachliches Mimikri über westdeutsche Schwächen geradezu lustig machen können.

Was der zitierte Soziologe nämlich – sicher nicht zu Unrecht – immer wieder feststellen konnte, ist ein westdeutsches Diskussionsgehabe, das mehr der Selbstdarstellung als der Verständlichkeit oder gar Sachgerechtigkeit dient, etwa wenn er sagt:

„Stelle dann plötzlich fest, daß er [der westliche Kollege] die Begriffe gar nicht richtig benutzt, weil die entsprechen nicht den Fremdwörtern, die er hat ...“ (Soziologe, S. 17)

Daß in westdeutschen Diskussionen oft geblufft wird, brauche ich wohl nur anzudeuten; ebenso daß die spätestens seit 1990 eröffneten Möglichkeiten, westdeutsche Unarten einmal vor den Spiegel einer anderen, fremd gewordenen Kommunikationskultur zu stellen, bisher so gut wie nicht genutzt werden. Auch in der DDR hatte man manche sprachlichen Versatzstücke „drauf“, aber es waren qualitativ andere als die im Westen, vor allem solche, die man zwecks Demonstration politischer Unterwerfung benutzen mußte und die man mit dem Untergang der Sprachlenkungsinstanzen relativ schnell loswerden konnte, etwa wenn das Wort „Epoche“ offiziell nur in Verbindung mit der Floskel vom „weltweiten Übergang zum Sozialismus“, keineswegs aber mit anderen, weniger ideologischen Appositionen zu verbinden war.

Westdeutsche Sprachhülsen dagegen folgen grundsätzlich nicht ideologischen Zwängen, sondern meist fachinternen Moden, können sich aber um so zählebiger erweisen, etwa wenn in den Philologien jahrelang das Dictum vom „Sitz im Leben“ benutzt wurde oder wenn jede belanglose Diskussion zum „Diskurs“ hochstilisiert wird (Derrida läßt grüßen!) oder wenn alles, was sich noch nicht in Epochenschubladen ablegen läßt, „postmodern“ genannt wird usw., usf.

Welchem Grad oder Typus von Unvertrautheit soll man nun die sprachliche Maskerade zuordnen, bei welcher der Maskierte keineswegs auf seine Überzeugung verzichtet, auch die Westkollegen kochten bei allem methodischen und sprachlichen Aufwand nur mit Wasser, wie die mir vorgelegten Interviews mehrfach bezeugen? – Ich fürchte, hierfür reichen die Stengerschen Unterscheidungen noch nicht aus; es sei denn, man kehrte die Blickrichtung einmal um und wir Westdeutschen begriffen die ironische Distanzierung der ostdeutschen Seite als uns betreffende „ambivalente Unvertrautheit“. Eine „reflexive Unvertrautheit“ dürfte es eigentlich nicht sein, obwohl dabei sicherlich auch heilige Kühe unseres Wissenschaftsbetriebs geschlachtet werden müßten.

Tatsächlich aber bringt es das generelle westdeutsche Überlegenheitsgefühl mit sich, daß die ostdeutsche Seite sich den Usancen eines auch und nicht zuletzt im Wissenschaftsbetrieb blühenden Konkurrenzverhaltens anbequemen muß. Dies bewirkt Unsicherheit, weil Aufgeben bisher für sicher gehaltener sozialer Positionen und den Druck der Anpassung an einen wahren Kosmos kommunikativer und sprachlicher Normen.

Das aber betrifft nun doch einen sehr komplexen Sachverhalt, der wiederum unter die „reflexiven Unvertrautheiten“ gezählt werden muß. Denn die Interviewpartner Stengers, die ich mit Hilfe von Gesprächsaufzeichnungen kennenlernen konnte, bestätigen einen Befund, der sich in vielen anderen Zusammenhängen ebenfalls erzielen läßt und der nicht einfach als „Klischee“ verbucht werden darf: Während zu den Grundbedingungen der Sozialisation in der DDR eine relative soziale Immobilität zählte, wodurch die persönlichen Beziehungen

einen hohen Rang erhalten konnten, drängt die durchschnittliche bundesdeutsche Sozialisation seit den siebziger Jahren zu permanenter Selbstinszenierung, die schon im Kindergarten, erst recht in der Schule und dann in weiteren Lebensbereichen geübt wird und vielfach zu Lasten persönlicher Beziehungen ein Klima geschaffen hat, das ich schon mehrfach als „kommunikativen Darwinismus“ bezeichnet habe: Es glaubt sozial nur überleben zu können, wer am meisten, am lautesten und am schnellsten redet.<sup>4</sup>

#### 4. Könnten Sie Ihre Kollegen „Kumpel“ nennen?

Wie ich erst jüngst am Beispiel kommunikativen Verhaltens Ost- und Westdeutscher in Talkshows feststellen mußte, lassen sich die daraus resultierenden Unterschiede teilweise sogar exakt messen, etwa wenn Ostdeutsche grundsätzlich bedächtiger, weniger aufdringlich und langsamer sprechen als Westdeutsche, mit dem Grad ihrer Anpassung aber immer schneller werden können. Natürlich ist es mit diesem Kriterium nicht getan, es muß auf jeden Fall mit Beobachtungen zur Wortwahl und zur Körpersprache korreliert werden. Es ist auch entscheidend, in welchem Sender, mit welchen Moderatoren die Talkshowgespräche vonstatten gehen ...<sup>5</sup>

Im Stengerschen Interviewmaterial habe ich eine interessante Bestätigung einer meiner Beobachtungen zur kommunikativen Spezifik Ostdeutscher entdecken können, nämlich als ein Geograph zur Frage nach Mentalitätsunterschieden bemerkt:

„... wenn Ostdeutsche zusammen sind, ... da reichen im Prinzip, ist ja normal, wenige Bemerkungen, oder eine Geste reicht häufig schon, man versteht sich.“ (Geowissenschaftler, S. 35)

Hierin wirken sich unmittelbar aus die Überschaubarkeit der Lebensverhältnisse in der DDR, deren relativ große Gleichförmigkeit, die geringen Möglichkeiten, außerhalb von Parteikarrieren sozial aufzusteigen, und damit die Angewiesenheit auf persönliche Kontakte auch im Berufsleben. Kein westdeutscher Wissenschaftler käme etwa auf die Idee, seine Kollegen, wie es Ostdeutsche tun können, „Kumpel“ zu nennen (vgl. Soziologe, S. 43). „Kumpel“ wird in Westdeutschland – abgesehen vom Sprachgebrauch in unteren sozialen Schichten<sup>6</sup> – überwiegend negativ konnotiert (vgl. auch „Kumpelhaftigkeit“). Aber so formuliert wiederum der Soziologe im WIP:

„Ostwissenschaftler sind anders miteinander umgegangen ...“ und „... unter Ostwissenschaftlern ist alles ein bißchen familiärer, man trifft sich auch nach Feierabend.“ (Soziologe, S. 15)

Oder eine Geologin äußert:

„Also, wir haben an dem Institut, an dem wir früher gearbeitet haben, einen sehr guten zwischenmenschlichen Kontakt gehabt, sehr kollegiale Verhaltensweisen, die erst in dem Moment

<sup>4</sup> Verf., Vom Reden und Schweigen in Ost und West, in: Gesellschaft für deutsche Sprache (Hrsg.), *Wörter und Unwörter*, Niedernhausen 1993, S. 143-151 (S. 151).

<sup>5</sup> Vgl. meinen Beitrag „Ost und West im Talkshow-Test. Kommunikatives und sprachliches Verhalten von alten und neuen Bundesbürgern“, in: *Muttersprache* 4/1996, S. 308-318.

<sup>6</sup> Dem widerspricht nicht, daß „Kumpel“ auch unter westdeutschen Studenten üblich sein kann. Bezeichnenderweise wies ein Tagungsteilnehmer darauf hin, daß es sich dabei insbesondere um Studierende „proletarischer Herkunft“ handele.



aufgehört haben, als klar war, daß das Institut eventuell abgewickelt wird.“ (Geowissenschaftlerin, S. 6)

Sie merken wahrscheinlich, was mir erst bei der intensiveren Beschäftigung mit dem Interviewmaterial so recht deutlich wurde, daß ich mit den anderen, leichter wiegenden Unvertrautheitstypen, der „einfachen Unvertrautheit“ und der „ambivalenten Unvertrautheit“, meine Schwierigkeiten habe. Natürlich kann man lexikalische und phraseologische DDR-Spezifika wie „Strecke“ für eine Entwicklungslinie (vgl. Geowissenschaftlerin, S. 3) oder „sich einen Kopp machen“ für „sorgfältig bedenken“ (vgl. Soziologe, S. 40)<sup>7</sup> schnell „übersetzen“; für die Ostseite jedoch haben solche Wörter und Wendungen häufig Signalcharakter, stehen in einem anderen Referenzsystem, wodurch immer wieder „reflexive Unvertrautheiten“ markiert werden. Natürlich lassen sich „anders definierte Begriffe“ diskursiv vereinheitlichen; wenn dahinter aber die mehrfach belegte Überzeugung ostdeutscher Wissenschaftler sichtbar wird, es ginge mindestens genausogut mit dem DDR-spezifischen Begriffsapparat und man müsse die „westdeutsch“ definierten Termini nur um des eigenen Fortkommens willen lernen, dann bleibt eine mentale Barriere, die ich durchaus als „reflexiv“ in der Definition Stengers werten möchte: als Erfahrung einer Grenze des Verstehen-Könnens.

## 5. Schlußbemerkungen

Das bisher Vorgetragene hört sich im Hinblick auf die Überwindung der „Mauer in den Köpfen“ gewiß sehr pessimistisch an. Allerdings möchte ich, was bei einer Konzentration auf Phänomene von Fremdheit notwendigerweise zu kurz kommt, doch auch auf die Tatsache hinweisen, daß in einem Projekt wie dem Ihren die gemeinsame Sprache immerhin eine gegenseitige Aufklärung über unterschiedliche Positionen zu leisten vermag. Gerade die Stengerschen Interviews bringen ja „zur Sprache“, was sonst als Fremdheit nur dumpf empfunden würde.

Vielleicht stellen für meine wie für Ihre Überlegungen Teilnehmer am WIP-Programm, die sich alle in einer spezifischen, nicht eben einfachen Lebens- und Berufssituation befinden, in gewisser Weise auch nur eine „negative Auswahl“ dar.<sup>8</sup> Manches von dem, was diese Personen als Zukunftsungewißheit oder gar als Bedrohung empfinden, ließe sich ebenso bei zahlreichen Westkollegen, die auch nur von Projekten und Zeitverträgen leben, antreffen. Nicht jedoch der biographische Knick, den die Auflösung relativ sicherer sozialer Bedingungen mit sich brachte, von Bedingungen, die bei aller Distanz zu deren politischen und ideologischen Implikationen immer noch mit dem Schlüsselwort der SED-Propaganda „Geborgenheit“ umschrieben werden können.

Mit solchen Folgen höchst unterschiedlicher Sozialisationen müssen wir – so glaube ich – noch eine ganze Weile leben. Es könnte mir nur sehr recht sein, wenn ich mich darin

<sup>7</sup> Von Tagungsteilnehmern bin ich belehrt worden, daß „sich einen Kopp machen“ auch in West-Berlin lange vor der Maueröffnung, gebräuchlich war.

<sup>8</sup> In der Diskussion des Vortrags am 5.7.1996 wurden die in den Interviews Stengers zu Wort kommenden Wissenschaftler tatsächlich als besondere Auswahl charakterisiert, deren Einstellungen schon deswegen nicht als repräsentativ gelten könnten. Allerdings könnte ich etliches in den zitierten Aussagen mit weiteren Beobachtungen und Befunden bestätigen.

täuschte, daß es bei den nach 1945 in der DDR Geborenen in der Begegnung mit Westdeutschen und westdeutschen Lebensumständen nicht immer nur um „reflexive Unvertrautheiten“ ginge. Mein Verdacht, daß deren Lebens- und Kommunikationsstile im Vergleich zu Westdeutschland grundlegend anders geprägt waren (wobei sich von einem gemeinsamen Ausgangspunkt eigentlich mehr die Westdeutschen fortentwickelt haben), bezieht sich im übrigen nicht nur auf die einstmals überzeugten Anhänger des SED-Systems und auf deren unvermeidliche Mitläufer; auch die Oppositionellen in der DDR haben sich ja keineswegs als nur „verhinderte Bundesdeutsche“ verstanden. Gerade an ihnen läßt sich – wie ich in einer Analyse von programmatischen Äußerungen der „Wendezeit“ nachzuweisen versucht habe<sup>9</sup> – darstellen, welche kommunikativen und sprachlichen Folgen die äußeren Lebensbedingungen auch und gerade für den Widerstand gegen sie hatten.

---

<sup>9</sup> Verf., Die ins Leere befreite Sprache. Wende-Texte zwischen Euphorie und bundesdeutscher Wirklichkeit, in: *Muttersprache* 103, 1993, S. 219-230.